Grenzüberschreitender Verbraucherschutz – das Beispiel Frankfurt (Oder)

Die Perspektiven des deutsch-polnischen Verbraucherinformationszentrums der Verbraucherzentrale Brandenburg

Dr. Heike Richter, Referatsleiterin Grundsatzfragen der Verbraucherpolitik, Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Meine Damen und Herren,

Herr Dr. Radloff hat Ihnen soeben die wesentlichsten Ergebnisse und Erfahrungen der Arbeit des deutsch-polnischen Verbraucherinformationszentrums in Frankfurt (Oder) vorgestellt.

Ich möchte mich jetzt an den schwierigen Teil der möglichen Perspektiven dieses grenzüberschreitenden Informationszentrums wagen.

Schwierig deshalb, weil es immer problematisch ist, in wirtschaftlich angespannten Zeiten und in einer derartig angespannten Lage, in welcher sich die öffentlichen Haushalte gegenwärtig befinden, von erforderlichen Finanzen zu reden.

Ich möchte vor diesem Hintergrund auch das Thema der Finanzierung zunächst einmal absichtlich heraus schneiden und mit Ihnen einen ausschließlich inhaltlichen Diskurs zur möglichen Zukunft des deutsch-polnischen Verbraucherinformationszentrums führen.

Um die Standpunkte und Vorstellungen Brandenburgs hierbei zu verdeutlichen, gestatten Sie mir, einige Thesen vorzutragen, die bei den Überlegungen zur Fortentwicklung des Projektes zugrunde zu legen sind:

1. Nachdem das Projekt ursprünglich mit der klaren Präferenz für die Beratung deutscher Verbraucher gestartet ist, entwickelt sich inzwischen eine klassische win-win-Situation für die Verbraucher beiderseits der Grenze.
 - Herr Dr. Radloff hatte zur Historie schon die interessante Entwicklung der Themenpalette in der deutsch-polnischen Verbraucherarbeit angeführt. In den ersten Projekten der Neunziger Jahre und auch noch zu Beginn des neuen Jahrzehnts gingen die Aktivitäten der Projektarbeit sehr stark von deutscher Seite aus, auch die Beratungsinhalte für die deutschen Verbraucher dominierten. Das ist jetzt nicht mehr so. Das Beratungszentrum wird mit dem neuen EU-Projekt von beiden Seiten gleichermaßen getragen und zunehmend auch von polnischen Bürgern besucht.
2. Die Aufgaben des Zentrums verlieren immer mehr ihren Projektcharakter und entwickeln sich hin zu laufenden Aufgaben der Verbraucherberatung und -information entlang einer EU-Binnengrenze.
 - Sachverhalte in aktuellen Verbraucherschutzfragen ändern sich, es gibt in den einzelnen Jahren durchaus Schwerpunktverschiebungen in den Beratungsinhalten. Was sich durchzieht und verstetigt, ist der Beratungs- und Informationsbedarf selbst zu grenzüberschreitenden Aspekten. Im Gegenteil, bei

zunehmendem Abbau bestehender Übergangsregelungen in der Dienstleistungsfreiheit und in der Arbeitnehmerfreizügigkeit ist es absehbar, dass grenzüberschreitende Anfragen zukünftig weiterhin von großer Bedeutung sein werden.

3. Zunehmend ist in der grenzüberschreitenden Verbraucherberatung eine weitere neue Schwerpunktentwicklung erkennbar: Beratungsinhalte im Rahmen grenzüberschreitender Gesundheitsdienstleistungen nehmen zu.
 - Herr Dr. Radloff führte schon kurz zu dem Problem der Gesundheitsdienstleistungen aus, beispielsweise geht es um den Zahnarztbesuch, die Inanspruchnahme einer Kur-Reise und dergleichen mehr.
 - Es handelt sich hierbei um ein Feld, das gegenwärtig noch wenig institutionalisiert ist, dessen Bedeutung aber durchaus schon seitens des Europäischen Parlaments erkannt wurde. Das EU-Parlament hat vor diesem Hintergrund auch einen Vorschlag für eine Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung vorgelegt.
 - Da steckt also – um es mal salopp auszudrücken – für die Zukunft „noch Musike drin“, hier werden zukünftig auch möglicherweise klassische Fragen der Daseinsvorsorge des Staates berührt.
4. Viele spezifische Fragestellungen der Verbraucherberatung und Verbraucherinformation ergeben sich aus der besonderen historischen, regionalen, geografischen und politischen Lage der Verbraucher.
 - An der deutsch-französischen oder der deutsch-holländischen Grenze sind andere Fragen und Probleme an der Tagesordnung, als an der deutsch-polnischen Grenze.
5. Keine Einzelländer-Lösungen sind gefragt. Etwa nach dem Motto: Jeder einzelnen EU-Binnengrenze Deutschlands zwingend ihr eigenes öffentlich finanziertes Verbraucherinformationszentrum. Soviel öffentliche Mittel – und jetzt nehme ich das Thema Finanzen doch einmal kurz in den Mund – können wir alle jeweils separat nicht aufbringen.
 - Sondern was gefragt ist – bei gleichgerichteten Interessenlagen – gleichgeschaltete effektive Lösungen zu entwickeln. Entlang einer so großen europäischen Binnengrenze (allein in Brandenburg ist die Grenze nach Polen über 250 Kilometer lang) eine gemeinsame konzertierte Aktion aller beteiligten Bundesländer zu organisieren. Wir werben dafür, dass sich die betroffenen Länder zusammen tun und eine gemeinsame Diskussion dazu führen. (Möglicherweise auch über die rein deutsch-polnische Grenze hinaus – entlang der deutsch-osteuropäischen Grenze)
 - Wir freuen uns im Übrigen sehr darüber, dass dieses Projekt vorgeschlagen wurde, hier im Rahmen von Best-Practice-Beispielen vorgestellt zu werden. Der vzbv ist für uns ein wichtiger Partner bei der weiteren Diskussion einer

gemeinsamen grenzüberschreitenden Verbraucherinformation zwischen Deutschland und Polen.

6. Das deutsch-polnische Verbraucherinformationszentrum befindet sich vor den Toren der EU-Außengrenzen nach Osteuropa. Das heißt, das Ganze hat auch noch eine europäische Dimension, die über die EU-Grenzen hinaus geht.
 - Hier geht es um Waren- und Dienstleistungsströme, die nicht nur an Binnenmarktkriterien festgemacht werden können. (Und letztlich geht es hier auch um das politische Image der Bundesrepublik Deutschland.)

Brandenburg trägt Verantwortung für die weitere Ausgestaltung der Arbeit des deutsch-polnischen Verbraucherinformationszentrums. Dieser Verantwortung wollen wir uns auch stellen. Darüber hinaus halten wir eine länderübergreifende Diskussion zu den Perspektiven und Tendenzen einer grenzüberschreitenden Verbraucherberatung für sinnvoll und angebracht.

Die Erfahrungen aus unserem deutsch-polnischen Verbraucherinformationszentrum in Frankfurt (Oder) haben gezeigt, dass deutsche und polnische Verbraucher die Vorteile des gemeinsamen Binnenmarktes immer häufiger für sich nutzen. Ab dem 01. Mai 2011 ist wegen des Wegfalls der Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen mit einer weiteren Zunahme des Wirtschaftsverkehrs zwischen beiden Ländern zu rechnen. Es wird keine Hindernisse für polnische Dienstleistungsanbieter auf dem deutschen Markt mehr geben. Was wird sich für Verbraucher beiderseits der Oder ändern? Mit welchen Tendenzen und Perspektiven muss gerechnet werden? Dieser Frage wird die Verbraucherzentrale Brandenburg im Rahmen einer Herbstkonferenz im Oktober dieses Jahres in Frankfurt (Oder) nachgehen. Wir empfehlen allen Interessierten eine aktive Teilnahme an dieser Konferenz.

In diesem Sinne hoffe ich auf ein zahlreiches Wiedersehen im Oktober in Frankfurt (Oder).